Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.40 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.20 Mk. monatlich 4.40 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 300 Pfg., sonst 400 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Winkler. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auererzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 22.

Nr. 301. Mittwoch, den 29. Dezember 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Wie aus Dresden berichtet wird, sind die Grenzbehörden einer großen Schiebung von Ruhrkohlen auf die Spur gekommen. Es handelt sich um sieben große Schleppkähne mit 140000 Zentner Steinkohle, die von Deutschland nach Holland verschoben werden sollten.

*

Der Freispruch gegen die Angehörigen des Marburger Studentenkorps ist nach Verzicht der Anklagebehörde auf Revision rechtskräftig geworden.

*

Der belgische Finanzminister hat in einer Darlegung vor der Kammer erklärt, Belgien habe an Reparationen erhalten Maschinen und Rohmaterialien für 2600000000, Kohlen, Farben und andere Produkte für 2000000000 Franken.

* *

Auf dem 8. allrussischen Kongreß der Arbeiterräte sprach Lenin über die internationale Lage Sowjetrußlands.

Mehr Würde!

Nv. In der an sich zutreffenden Erkenntnis, daß man auf die Menschen kräftig einreden müsse, um sie zu überzeugen, haben wir in dem Bestreben, eine Revision des unmöglichen Friedensvertrages von Versailles mit seinen ungeheuren Lasten zu erreichen, dem Auslande immer und immer von neuem vor Augen geführt, daß unsere wirtschaftliche Not und unser tägliches Elend auf eine Höhe gediehen sind, die schlechterdings kaum noch zu überbieten ist. Wir haben neutrale Journalisten in die deutschen Krankenhäuser geführt, um ihnen die furchtbaren Wirkungen der englischen Hungerblockade an deutschen Müttern und Kindern zu zeigen, wir haben in unzähligen Zeitungsartikeln unseren Gegnern klar zu machen versucht, wie selbstmörderisch ihr Erpressungsverfahren ist, und die Reichsregierung hat kaum eine Note an die Entente herausgehen lassen, ohne die entsetzliche Situation des deutschen Volkes zu kennzeichnen. Es ist nun sicherlich nicht abzuleugnen, daß man draußen in der Welt allmählich doch einigermaßen unter den Eindruck dieser ewigen Beteuerungen geraten ist, und daß man andernfalls sich vielleicht heute noch weit falscheren Anschauungen über Deutschland hingeben würde, als es sowieso bedauerlicherweise noch vielfach geschieht, wenn wir das eben gekennzeichnete Verfahren nicht zur Anwendung gebracht hätten. In diesem Sinne kann man wohl auch ohne weiteres zustimmen, wenn der Reichspräsident zum Weihnachtsfest an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet hat, in dem er der warmherzigen und fürsorglichen Hilfe gedenkt, die vielfach im neutralen Auslande für deutsche Kinder und bei sonstigen Gelegenheiten in dankenswerter Weise geleistet worden ist. Aber es war vielleicht kein zufälliges Zusammentreffen, daß gleichzeitig von Regierungswegen dagegen Front gemacht wurde, daß sich bedauerlicherweise zahlreiche mehr oder weniger legitime Wohltätigkeitsgesellschaften in oft recht angreifbarer Form an das Mitleid des Auslands und sogar an das unserer Feinde appellieren. Hier zeigt sich die üble und peinliche Kehrseite der Methode. Unsere Lage sucht gewiß ihresgleichen in der ganzen Welt und aller Geschichte, aber das schließt nicht in sich, daß wir zugleich mit dem geistigen und körperlichen Wohlergehen auch auf unsere Würde verzichten. Wer die Presse des Auslandes aufmerksam verfolgt, wird nicht gerade selten auf Stimmen gestoßen sein, die sich dagegen wandten, daß Deutschland allzu sehr auf das milde Herz des Auslandes spekuliere. Das war gewiß — besonders wenn die Kritik französischer Herkunft war — von politischen Erwägungen diktiert, aber trotzdem bleibt es eine unbestreitbare Wahrheit, daß wir es sorgsam vermeiden müssen, bei der Darstellung unserer wirtschaftlichen Nöte auch nur haaresbreit über die Grenze hinaus zu gehen, die Takt und Selbstachtung ziehen. Außerdem aber lehrt uns jeder Tag mit seinen Erfahrungen, daß schließlich und letzten Endes keine noch so große Wohltätigkeit von anderer Seite, sondern daß uns nur eigene Kraft wieder in die Höhe und zur wirtschaftlichen Wiedergeburt führen kann. Die erste Voraussetzung dafür aber ist, wohlgemerkt, persönliche Würde, die einem ganzen Volke in noch weit höherem Maße als dem Einzelnen eigen sein muß.

Mc Cormicks Berliner Reise.

Von einem Berliner Mitarbeiter wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Die Art, politische und wirtschaftliche Verhältnisse zu sondieren, wie es jetzt Mc Cormick auf seiner Reise getan hat, hat man in den Vereinigten Staaten schon mehrfach beliebt. Es sei nur daran erinnert, daß auch Wilson seinen Freund und nahen Vertrauten, den Oberst House, als reisenden Botschafter nach Europa gesandt hat. Aehnlich wie damals Wilson hat es jetzt auch Harding gemacht, indem er den Senator Mc Cormick, mit dem er seit langem bekannt ist, durch die europäischen Hauptstädte schickte. Es ist natürlich kein Wunder, daß dieser amerikanische Senator bei seinem Aufenthalt in Paris von der französischen Presse jubelnd begrüßt worden ist. Die Absichten, die damit verfolgt wurden, liegen ja klar zutage. Mc Cormick ist dann nach Genf weitergereist, hat sich von der Journalistentribüne aus, ganz als Privatmann, die Reden der Völkerbundsvertreter angehört und ist, wie Frau Fama erzählt, nicht sonderlich entzückt gewesen, ja er hat mit einem derben amerikanischen Urteil nicht zurückgehalten. Danach hat man ihm nun auch in Berlin Gelegenheit gegeben, sich über die Verhältnisse in Deutschland zu unterrichten. Die deutsche Presse hat ihn wohl nicht so jubelnd begrüßt wie die französische, denn wir haben uns das Jubeln so langsam abgewöhnt. Wir haben auch unsere Hoffnung auf Amerika — mit dem wir nebenbei bemerkt immer noch offiziell im Kriegszustand leben — sehr bedeutend heruntergeschraubt und werden dies wohl auch in Zukunft tun müssen. Wenn dem amerikanischen Senator jetzt so bereitwillig Auskunft über alles erteilt worden ist, so ist das dennoch zu begrüßen, besonders deshalb, weil man sich in den Vereinigten Staaten auf Grund der Berichte der amerikanischen Zeitungskorrespondenten meist leider ein ganz falsches Bild von unseren Verhältnissen macht. Wir bitten nicht um gut Wetter, weil wir wissen, daß uns das doch nichts nützt. Wir müssen aber nach besten Kräften mithelfen, die Erkenntnis auch in den Vereinigten Staaten reifen zu lassen, daß an einer Völkersolidarität alle Völker das größte Interesse haben. Der offizielle Kriegszustand mit den Vereinigten Staaten wird ja wohl demnächst durch ein Gesetz beseitigt werden. Damit allein ist es aber noch nicht getan. Die Frage der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen wird dann von größter Wichtigkeit sein. Wenn jetzt durch den Aufenthalt Mc Cormicks in Berlin der Boden zum erstenmal so vorbereitet wird, daß auf ihm die Früchte guter Beziehungen zwischen beiden Ländern für beide Länder reifen können, so ist die Reise Mc Cormicks doch nicht nutzlos gewesen, denn es ist wiederum ein Schritt zur Herbeiführung des wirklichen Friedens geschehen.

Rückblick auf Nürnberg.

Dr. Petersen über den demokratischen Parteitag.

In dem offiziellen Mitteilungsblatt der Deutschen Demokratischen Partei bespricht der Vorsitzende der Partei, Dr. Petersen, das Ergebnis der Nürnberger Tagung und kommt zu folgendem Schluß: Der Nürnberger Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei war von dem ganzen Ernst der Lage in Deutschland, der Lage der Partei erfüllt, aber gleichzeitig getragen von der festen Zuversicht, daß ihren programmatischen Gedanken Erfolg beschieden sein muß, und daß sie als Trägerin dieser Gedanken notwendig ist für den politischen Aufbau Deutschlands nach Niederlage und Zusammenbruch. So war es erklärlich, daß das Festhalten an diesem Gedanken, daß die Einheit der Idee durch Erhaltung der Selbständigkeit der Partei mit einer Leidenschaftlichkeit vertreten wurde, die in der Sachlage nicht begründet war. Denn darüber besteht tatsächlich eine vollkommene Einigkeit. In weiten Kreisen des deutschen Volkes wird aber als zwingende Notwendigkeit für die Erhaltung der neuen demokratischen Staatsform die Schaffung möglichst großer und dadurch gewichtiger Parteien empfunden. Weil sie werden sollen, wie wir sie aus Ueberzeugung und Erfahrung für einzig möglich halten, bestand der Parteitag einmütig darauf, die Geschlossenheit und Selbständigkeit der Partei zu wahren.

Für die Erhaltung deutscher Macht, deutscher Kultur und deutscher Wirtschaft ist das Zusammenfassen aller Volkskräfte und damit das starke Bekenntnis zu unserer Nation erste Vorbedingung. Die Zusammenfassung der Kräfte, das Zusammenwachsen des Volkes und der Klasseninteressen über konfessionelle Unterschiede, über Klassen- und gesellschaftliche Vorurteile hinweg kann nur erfolgen, wenn im Innern eine Politik sozialer ausgleichender Gerechtigkeit geführt wird. So faßte der Parteitag die Aufgabe der Partei zusammen in dem Bekenntnis zu nationaler und sozialer Politik in der durch die Geschehnisse gebotenen politisch und moralisch allein möglichen Staatsformen der deutschen demokratischen Republik. Die Stimmung war nicht in einer geschlagenen, an ihrer Zukunft zweifelnden Partei. Die Zuversicht auf die Richtigkeit der Gedanken und damit für die Zukunft klang aus allen Reden und Beschlüssen heraus. Die wirtschaftlichen Fragen stehen im Vordergrund des Interesses, denn ihre richtige Lösung entscheidet nicht allein über mehr oder weniger Wohlergehen, sondern über Leben und Sterben des deutschen Volkes. Die Partei ist sich dabei bewußt, daß die Kulturfragen, insonderheit die Stellung zu Kirche und Schule, nicht zurücktreten dürfen.

Kleine politische Meldungen.

Verbot der Streikabstimmung. — Nichtbeachtung des Verbots. Der Eisenbahndirektionspräsident in Berlin verbot unter Androhung der sofortigen Amtsenthebung die Urabstimmung der Beamtenschaft über den Streik. Trotz dieses Verbotes wurde gestern die Abstimmung fast in allen Amtsstuben durchgeführt. Dem Vernehmen nach hat die Abstimmung der Beamtenschaft keine Zweidrittelmehrheit für den sofortigen Streik gebracht. — Die Abstimmung in den badischen Eisenbahnwerkstätten ergab eine Zweidrittelmehrheit für den Streik.

Vorläufig noch keine Erhöhung der Eisenbahntarife. Nach dem ein Unterausschuß des Sachverständigenbeirates kürzlich der Reichsregierung erhebliche Tariferhöhungen im Güter- und Personenverkehr zur Deckung des Defizits des Eisenbahnhaushalts vorgeschlagen hatte, sind jetzt die Vorarbeiten für die Aufstellung neuer Tarife begonnen worden. Sie sehen eine erhebliche Steigerung der Gütertarife und eine mäßige Erhöhung der Personentarife vor. Die Ausarbeitung der Tarife wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen, so daß im Frühjahr mit dem Inkrafttreten neuer Tarife nicht zu rechnen ist.

Weitere Maßnahmen zur Beamtenbesoldung. Gestern vormittag sind die Staatssekretäre aller Reichsministerien zu einer Besprechung zusammenberufen worden, um weitere Maßnahmen zur Milderung der Not der Beamtenschaft zu erörtern. Diese Besprechungen seien, wie der Lokalanzeiger erfährt, bereits vor einigen Wochen auf gestern festgesetzt worden, da die Regierung die zu Anfang dieses Monats getroffene Regelung der Beamtengehälter als Beginn einer Reihe von Maßnahmen betrachtet. Man dürfe deshalb annehmen, daß unbedingt etwas geschehen werde, um die finanzielle Notlage der Beamtenschaft weiter zu mildern.

Ein Ultimatum über die Entwaffnung? Der Temps will erfahren haben, daß nach der abermaligen deutschen Ablehnung der Entwaffnung der Einwohnerwehren Bayerns und Ostpreußens von den alliierten Kabinetten ein Ultimatum an Deutschland in Vorbereitung sei unter gleichzeitiger Anwendung der im Spaer Abkommen vorgesehenen militärischen Zwangsmaßnahmen.

Deutsche Note über die Festungsartillerie. Die Reichsregierung hat an die Botschafterkonferenz eine Note über die Ausstattung der deutschen Festungen mit Artillerie richten lassen. Der Wortlaut der Note wird amtlich bekanntgegeben werden. In der Note verwahrt sich die Regierung gegen die Forderung des Friedensvertrages, aus den Festungen des Ostens das überzählige Geschützmaterial abzuliefern, mit der Rücksicht auf die ungeklärte Lage an der russisch-polnischen Grenze.

Die Demokraten für die Bauernschaft. Da die Reichsregierung im Interesse der Volksernährung geglaubt hat, im Wege einer neuen Haferzwangsumlage die Haferzwangswirtschaft wieder einführen zu müssen, hat die deutsche demokratische Fraktion des Reichstages folgenden Antrag im Reichstage gestellt: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, im Falle der Durchführung des Beschlusses des Reichsrates auf Erfassung eines Teiles der Haferernte die Durchführung so zu regeln, daß die infolge ihrer verhältnismäßig starken Viehhaltung auf ihre eigene Futtermittelproduktion stark angewiesenen Kleinbetriebe von der Umlage verschont bleiben. — Erfreulicherweise wurde dieser demokratische Antrag angenommen.

Zum Tode Legiens. Der sächsische Ministerpräsident Buck hat aus Anlaß des Todes von Carl Legien dem Gewerkschaftsbund brieflich die Teilnahme der sächsischen Regierung und der sächsischen Arbeiterschaft ausgedrückt und den verstorbenen Gewerkschaftsführer als ein Vorbild von Pflicht- und Rechtsbewußtsein bezeichnet, der von allen geschätzt wurde, die ihn kannten.

Deutschlands Ausplünderung an pharmazeutischen Produkten. Die Wiederherstellungskommission teilt der französischen Presse mit, daß Deutschland im November 1701092 Kilogramm Farbstoffe und 8270 Kilogramm pharmazeutische Produkte geliefert hat. In der Beratung der Wiederherstellungskommission wurden die Einzelheiten festgestellt bezüglich der Ablieferung von 25 Prozent aller in Deutschland fabrizierten pharmazeutischen Produkte, zu deren Ablieferung Deutschland nach dem Friedensvertrag verpflichtet ist.

Die nächste Sitzung des Völkerbundes. Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Rat des Völkerbundes den Vertreter Brasiliens mit der Einberufung und mit der Leitung der nächsten Sitzung des Völkerbundes beauftragt, die Anfang Februar in Genf stattfinden soll, um über die Ausführung der Beschlüsse der Versammlung zu beraten.

Die sowjetfeindliche Strömung in Rußland. Laut Havas-Depeschen aus Moskau haben die Neuwahlen zu dem russischen Sowjet eine Niederlage der Bolschewiki gebracht. In Moskau und Petersburg behaupten die Bolschewisten kaum den dritten Teil der Sitze. In Kronstadt stehen den Bolschewisten drei Viertel Sozialrevolutionäre gegenüber. Der Sieg der Sozialrevolutionäre wird auch aus Charkow und Jekaterinoslaw gemeldet. Das Schweigen der russischen Funkenstationen während der letzten Wochen wird in Verbindung mit den Wahlvorgängen gebracht.

Uebergabe Fiumes? Der Baseler Anzeiger bringt ein Telegramm seines Mailänder Korrespondenten, wonach Fiume von den Truppen d'Annunzios der italienischen Armee übergeben ist. Die italienischen Truppen seien Dienstag früh in Fiume einmarschiert. (Es handelt sich hierbei, wenn die Meldung des Schweizer Blattes überhaupt zutrifft, anscheinend nur um die Stadt Fiume. Im Hafengebiet scheint man zunächst noch kämpfen zu wollen.)

Masseninternierung der Sinnfeiner. Wie wir bereits kürzlich gemeldet haben, hat die englische Regierung alle Vorbereitungen getroffen, um verdächtige Sinnfeiner zu internieren, gegen die das Material zur Erhebung einer Anklage wegen politischer Vergehen nicht ausreicht. In den Weihnachtsfeiertagen sind jetzt, wie aus Dublin berichtet wird, annähernd 1000 Personen, gegen die vor allem der Verdacht nationalistischer Gesinnung vorlag, verhaftet und in einem großen Lager im Innern des Landes interniert worden.

Stadtverordnetensitzung in Aue.

Zum letzten Male in diesem Jahre trat gestern das Auer Stadtverordnetenkollegium zusammen, um eine Tagesordnung aufzuarbeiten, die schon zweimal wegen Mangel an Zeit nach gemeinschaftlichen Beratungen beider städtischer Körperschaften hatte zurückgestellt werden müssen. An interessanten Aussprachen fehlte es in dieser Schlußsitzung des Jahres nicht, an der 20 Mitglieder des Kollegiums sowie sieben Ratsmitglieder teilnahmen. Nachdem von einem Dankschreiben des Lehrers Härtel für eine diesem zuteil gewordene Ver-

SLUB Wir führen Wissen.